

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - VW/004(V)/10			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 22.01.2010	Hasselbachsaal	15:00Uhr	17:25Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 27. 11. 2009
- 4 Anträge
  - 4.1 Bericht zur Mitarbeit der Landeshauptstadt Magdeburg im Deutschen Städtetag  
Vorlage: A0216/09  
Fraktion DIE LINKE
    - 4.1.1 Bericht zur Mitarbeit der Landeshauptstadt Magdeburg im Deutschen Städtetag  
Vorlage: S0367/09  
BE: Oberbürgermeister

- 4.2 Ausstellung "Es betrifft Dich! Demokratie schützen - Gegen Extremismus in Deutschland"  
Vorlage: A0194/09  
Fraktion CDU/BfM
- 4.2.1 Ausstellung "Es betrifft Dich! Demokratie schützen - Gegen Extremismus in Deutschland"  
Vorlage: A0194/09/1  
Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!
- 4.2.2 Ausstellung "Es betrifft Dich! Demokratie schützen - Gegen Extremismus in Deutschland"  
Vorlage: S0376/09  
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
- 4.3 Unterstützung Projekte in Erinnerung an 20 Jahre friedliche Revolution und Wiedervereinigung  
Vorlage: A0210/09  
Fraktion CDU/BfM, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, FDP-Fraktion
- 4.3.1 Unterstützung Projekte in Erinnerung an 20 Jahre friedliche Revolution und Wiedervereinigung  
Vorlage: S0401/09  
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
- 4.4 Psychologen-Personalstelle im Bereich "Frauenhausarbeit/ Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking"  
Vorlage: A0226/08  
WV vom 13. 03. 2009  
Ausschuss für Familie und Gleichstellung
- 4.4.1 Psychologen-Personalstelle im Bereich Frauenhausarbeit/ Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking  
Vorlage: A0226/08/1  
Ausschuss für Familie und Gleichstellung
- 4.4.2 Psychologen-Personalstelle im Bereich "Frauenhausarbeit/ Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking"  
Vorlage: S0044/09  
BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 4.4.3 Psychologenstelle Frauenhaus  
Vorlage: I0298/09  
BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit

- 4.5 Stärkung der Kinderbeauftragten  
Vorlage: A0213/09  
Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!
- 4.5.1 Stärkung der Kinderbeauftragten  
Vorlage: S0373/09  
BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 5 Beschlussvorlagen und Informationen
- 5.1 Magdeburger Seniorenforum  
Vorlage: I0317/09  
BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 5.2 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadion Magdeburg GmbH  
& Co. KG  
Vorlage: DS0538/09  
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 5.3 Stellungnahme der Landeshauptstadt Magdeburg zum 2. Entwurf des  
Landesentwicklungsplanes Sachsen-Anhalt 2010  
Vorlage: DS0579/09  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 5.3.1 Stellungnahme der Landeshauptstadt Magdeburg zum 2. Entwurf des  
Landesentwicklungsplanes Sachsen-Anhalt 2010  
Vorlage: DS0579/09/1  
Ausschuss UwE
- 5.3.2 Stellungnahme der Landeshauptstadt Magdeburg zum 2. Entwurf des  
Landesentwicklungsplanes Sachsen-Anhalt 2010  
Vorlage: DS0579/09/2  
Ausschuss UwE
- 5.3.3 Stellungnahme der Landeshauptstadt Magdeburg zum 2. Entwurf des  
Landesentwicklungsplanes Sachsen-Anhalt 2010  
Vorlage: DS0579/09/3  
Ausschuss UwE
- 5.4 Haushaltsplan 2010  
- Stellenplan 2010  
Vorlage: DS0529/09  
WV vom 27. 11. 2009  
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

## 5.4.1

- Haushaltssatzung 2010
  - Ergebnis- und Finanzplan 2010
  - mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung
  - Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne 2010
  - Stellenplan 2010
- Vorlage: DS0529/09/9

## 5.5

Vertretungsverbot gemäß § 30 Abs. 3 der Gemeindeordnung des  
Landes Sachsen-Anhalt  
Vorlage: DS0472/09

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

## 6

Verschiedenes

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Stadtrat Mirko Stage

Vors. des Stadtrates Beate Wübbenhorst

Stadtrat Reinhard Stern

Stadträtin Regina Frömert

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Frank Theile

Stadtrat Wolfgang Wähnel

Stadtrat Jens Rösler

Stadtrat Hubert Salzborn

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

**Geschäftsführung**

Frau Andrea Behne

Ignatuschtschenko, Dr. Anne

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Wigbert Schwenke

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Änderung zur Tagesordnung:

Der TOP 7.1 wird auf Grund der Änderung des Öffentlichkeitsstatus als TOP 5.5 im öffentlichen Teil behandelt.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der so geänderten Tagesordnung zu.

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 27. 11. 2009

---

Die Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei 5 Enthaltungen bestätigt.

### 4. Anträge

---

#### 4.1. Bericht zur Mitarbeit der Landeshauptstadt Magdeburg im Deutschen Städtetag Vorlage: A0216/09

---

Bezug nehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung kritisiert Stadträtin Frömert, Fraktion DIE LINKE, die fehlende Benennung von Verfahren, bei denen sich der Stadtrat inhaltlich beteiligen könnte so z.B. bei Themen wie Klima- und Umweltschutz oder Hartz IV-Problematik. Sie verweist darauf, dass eine Vielzahl von Veranstaltungen des Deutschen Städtetages zwar seitens des Stadtrates genutzt werden, legt aber ihre Auffassung dar, dass die Angebote des Städtetages zur Erweiterung des Fachwissens des Stadtrates zu bestimmten Themen noch umfassender genutzt werden sollten. Hierzu hält sie eine umfassendere Information der Verwaltung für erforderlich und bezeichnet dahingehend die Stellungnahme der Verwaltung als nicht ausreichend.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert eingehend auf die kritischen Anmerkungen der Stadträtin Frömert über den Ablauf der Tätigkeit des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages, in dem er Mitglied ist, und verweist darauf, dass die dort gefassten Beschlüsse umgehend veröffentlicht werden. Er hält die Transparenz der Städtetagstätigkeit für ausreichend. Insbesondere führt er aus, dass bei Initiativen der Stadt Magdeburg im Städtetag natürlich der Stadtrat im Vorfeld informiert worden wäre. Derartige Initiativen gab es jedoch bisher nicht.

Hinweis: Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! trifft um 15.10 Uhr zur Sitzung ein.

Ergänzend führt der zur Sitzung anwesende Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann aus, dass nicht jedes Mitglied einer Arbeitsgruppe des Städtetages seitens der Stadt delegiert wird. So sei er nicht als Vertreter der Stadt sondern des Städte- und Gemeindebundes im Städtetag tätig.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0216/09 nicht zu beschließen.

4.1.1. Bericht zur Mitarbeit der Landeshauptstadt Magdeburg im  
Deutschen Städtetag  
Vorlage: S0367/09

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

4.2. Ausstellung "Es betrifft Dich! Demokratie schützen - Gegen  
Extremismus in Deutschland"  
Vorlage: A0194/09

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Leiterin des Kulturbüros (IV/02) Frau Schweidler teil.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! macht erläuternde Ausführungen zum Änderungsantrag seiner Fraktion und hinterfragt die Durchführung einer entsprechenden Prüfung hinsichtlich der Möglichkeit der beantragten Erweiterung der Ausstellungsorte.

In Beantwortung der Frage informiert der Oberbürgermeister, dass eine derartige Prüfung bisher nicht durchgeführt wurde. Auf Grund der großen Popularität der Ausstellung präferiert die Verwaltung das Alte Rathaus als Standort. Im Weiteren legt er seine gemachte Erfahrung dar, dass derartige Ausstellungen in Einkaufszentren nicht die gewünschte Resonanz erhalten.

Frau Schweidler unterbreitet den Vorschlag, zunächst abzuwarten ob die Ausstellung noch über einen längeren Zeitraum weitergeführt wird. Sollte dies der Fall sein, wird eine Prüfung hinsichtlich weiterer Standorte durchgeführt.

Stadtrat Bromberg erklärt, dass unter dieser Maßgabe seine Fraktion dem Antrag A0194/09 zustimmen kann.

Hinweis: Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, trifft um 15.15 Uhr zur Sitzung ein.

Abschließend bestätigt Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/BfM, die negativen Erfahrungen hinsichtlich von Ausstellungsstandorten in Einkaufszentren.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0194/09 der Fraktion CDU/BfM zu beschließen.

4.2.1. Ausstellung "Es betrifft Dich! Demokratie schützen - Gegen Extremismus in Deutschland"  
Vorlage: A0194/09/1

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen den Änderungsantrag A0194/09/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! zur Kenntnis.

4.2.2. Ausstellung "Es betrifft Dich! Demokratie schützen - Gegen Extremismus in Deutschland"  
Vorlage: S0376/09

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis

4.3. Unterstützung Projekte in Erinnerung an 20 Jahre friedliche Revolution und Wiedervereinigung  
Vorlage: A0210/09

---

Der zur Sitzung anwesende Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann informiert, dass der Finanz- und Grundstücksausschuss zugestimmt hat, die Finanzierung der Projekte aus allen Budgets vorzunehmen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0210/09 zu beschließen.



4.3.1. Unterstützung Projekte in Erinnerung an 20 Jahre friedliche Revolution und Wiedervereinigung  
Vorlage: S0401/09

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Hinweis: Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, trifft zur Sitzung ein.

4.4. Psychologen-Personalstelle im Bereich "Frauenhausarbeit/  
Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking"  
Vorlage: A0226/08

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit (Bg V) Herr Brüning teil.

In seinen erläuternden Ausführungen geht der Beigeordnete V auf die Genese der Behandlung des Antrages in den Fachausschüssen ein und informiert, dass die im Rahmen der Ausschussberatungen angekündigte statistische Bedarfsanalyse der Information I0298/09 beigefügt ist.

In seinen weiteren Ausführungen begründet er die Ablehnung von Fachkräften des Gesundheitsamtes hinsichtlich der zusätzlichen Einrichtung einer Psychologenstelle zur sofortigen Intervention. Insbesondere verweist er darauf, dass das bestehende Angebot seitens des Jugendamtes und des Gesundheitsamtes zur psychologischen Beratung nicht in Anspruch genommen wurde. Alle Vorstellungen zur Schaffung einer Stellung um Interventionen vorzunehmen liefen bisher ins Leere. Aus diesem Grund wurde eine Vernetzung von Jugendamt und Gesundheitsamt vorgenommen.

Abschließend informiert er über die Bildung einer Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der Ämter 50, 51 und 53 sowie der Kinderbeauftragten und der Gleichstellungsbeauftragten.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hinterfragt die Möglichkeit, z.B. in einem 14-Tage-Rhythmus einen Vertreter der betreffenden Ämter bzw. einen Psychologen vor Ort einzusetzen, um im Bedarfsfall tätig zu werden.

Der Beigeordnete V Herr Brüning verweist in Beantwortung der Frage auf die vorhandene Vernetzung der Ämter und informiert, dass, wenn es gewünscht wird, Mitarbeiter des Gesundheitsamtes tätig werden. Ebenso werden auch Vertreter der freien Träger mit einbezogen.

Mit Hinweis auf die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen spricht sich Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, für die seitens der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise zur Ämtervernetzung aus.

Stadträtin Frömert, Fraktion DIE LINKE, verweist auf die bisherigen intensiven Diskussionen zur Problematik und informiert, dass sich der Ausschuss für Familie und Gleichstellung auch weiterhin mit dieser Thematik beschäftigen wird. Ausgehend von der beabsichtigten Zielstellung des Antrages, Kindern und Frauen in komplizierten Situationen psychologische Unterstützung zu geben bezeichnet sie die Stellungnahme der Verwaltung aus ihrer Sicht zu einseitig. Sie gibt zu bedenken, dass Betroffene aus der Situation heraus nicht in der Lage sind, die entsprechende Hilfe zu erbitten und wenn, diese dann auch erst nach mehreren Tagen gewährt wird. Sie bittet darum, den menschlichen Aspekt mit zu beachten und nicht nur den Fakt, dass eine Personalstelle geschaffen werden soll.

Stadträtin Frömert kündigt an, im Ergebnis der Befassung des Ausschusses FuG mögliche Änderungen im Stadtrat einzubringen. Mit Hinweis auf die lange Beratungszeit des Antrages in Verwaltung und Gremien spricht sie sich für eine Positionierung zum Anliegen des Antrages aus.

Stadträtin Wübbenhorst, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! begrüßt und unterstützt die Ausführungen der Stadträtin Frömert. Sie bestätigt die im Rahmen der geführten Diskussion gewonnene Auffassung hinsichtlich der Schwierigkeiten Betroffener, Hilfeangebote in Anspruch zu nehmen.

In Abstimmung mit ihrer Fraktion schlägt sie vor, für eine psychologische Tätigkeit eine bestimmte Person zu definieren sowie einen bestimmten Tag und eine bestimmte Zeit für diese Tätigkeit festzulegen.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt anwesende Kinderbeauftragte Frau Thäger erhält das Rederecht.

Frau Thäger nimmt Bezug auf die Tätigkeit der neu gegründeten Arbeitsgruppe und führt aus, dass hier deutlich gemacht wurde, dass Ansprechpartner für betroffene Kinder nicht unbedingt ein Psychologe sein muss. Vielmehr konnte der Bedarf an der Tätigkeit eines Sozialpädagogen festgestellt werden. Allerdings konnte im Rahmen der Arbeitsgruppe nicht geklärt werden, wie diese Tätigkeit abgedeckt werden kann. Einigkeit wurde aber darin erzielt, dass Kinder häufiger die von häuslicher Gewalt Betroffenen sind, als Mütter.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper wirft die Frage auf, ob mit der seitens der Verwaltung dargestellten Verfahrensweise die erforderlichen Aufgaben erfüllt werden können.

Hierzu verweist der Beigeordnete V Herr Brüning auf das in der Information dargelegte Ergebnis einer 6monatigen Untersuchung, wonach die Einrichtung einer zusätzlichen Psychologenstelle auf Grund des fehlenden Bedarfes als nicht erforderlich angesehen wird. Ein entsprechendes Betreuungsangebot wird jedoch vorgehalten. Speziell im Frauenhaus wird jetzt ein noch größeres Augenmerk auf die entsprechende Betreuung betroffener Kinder gelegt. Ein Defizit in der Aufgabenerfüllung besteht nicht.

Bezug nehmend auf den Zeitraum von Antragsstellung im März 2009 bis zum heutigen Tag informiert der Oberbürgermeister, dass während dieser Zeit im Jugendamt die Einstellung von ca. 10 Sozialpädagogen, welche die Betreuungsaufgaben wahrnehmen, erfolgte. Er versichert, dass seitens der Verwaltung für die Erfüllung der Betreuungsaufgaben gesorgt wird.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, erläutert zum Anliegen seiner Fraktion, dass nicht unbedingt eine zusätzliche Stelle eingerichtet werden muss, aber dafür ein bestimmter Ansprechpartner benannt wird. Gleichzeitig soll die Möglichkeit gegeben werden, entsprechende Gesprächstermine vor Ort vereinbaren zu können.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, legt seine Auffassung dar, dass im Ergebnis der Darlegungen der Verwaltung das Vorhandensein ausreichender Betreuungsangebote im Bedarfsfall deutlich gemacht wurde.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0226/08 in der Fassung des Änderungsantrages A0226/08/1 nicht zu beschließen.

4.4.2. Psychologen-Personalstelle im Bereich "Frauenhausarbeit/  
Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking"  
Vorlage: S0044/09

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

4.4.3. Psychologenstelle Frauenhaus  
Vorlage: I0298/09

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

4.5. Stärkung der Kinderbeauftragten  
Vorlage: A0213/09

---

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit (Bg V) Herr Brüning und die Kinderbeauftragte Frau Thäger teil.

In seinen erläuternden Ausführungen bekundet der Beigeordnete V sein besonderes Interesse an einer intensiven Zusammenarbeit mit der Kinderbeauftragten sowie deren Unterstützung bei der Aufgabenerfüllung. Er verweist auf den Tätigkeitsbericht der Beauftragten im Stadtrat und die dort gegebene Zustimmung zu den Ergebnissen der Beauftragtentätigkeit. Insbesondere legt er dar, dass die Aufgaben der Beauftragten gesetzlich vorgeschrieben sind und weitere Aufgabengebiete durch entsprechende Beschlüsse des Stadtrates festgelegt wurden. Die Unterstützung der Verwaltung bei der Bewältigung dieser Aufgaben erfolgt über

arbeitsförderliche Maßnahmen. Hierbei ergibt sich jedoch die Problematik, dass sich die Befristungen und die Verschlechterung der Förderbedingungen für diese Maßnahmen auf die Kontinuität in der Aufgabenabarbeitung auswirken.

Im Weiteren begründet Herr Brüning, dass eine kostenneutrale Zuordnung einer Vollzeitstelle nicht realisierbar ist. Eine Unterstützung der Beauftragentätigkeit wird dahingehend erfolgen, dass mit der AQB und der ARGE die Arbeitsfähigkeit in der bisherigen Weise gesichert wird.

In seinen Ausführungen spricht sich der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper gegen eine zusätzliche Personalstelle aus. Vielmehr sollte die Struktur der Beauftragentätigkeit erhalten bleiben und keine neue Verwaltungsstruktur gebildet werden. Er verweist auf ähnliche Aufgaben, die seitens des Jugendamtes wahrgenommen werden und versichert die Gewährleistung der erforderlichen Hilfe für die Erfüllung der Beauftragentätigkeit.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, nimmt Bezug auf die in der Stellungnahme vorgeschlagene Verfahrensweise im Rahmen des „Kinder- und Jugendprojektes 2020“, welches nach seiner Auffassung perspektivisch umsetzbar sei. Er führt aus, dass sich dieser Verfahrensweise seine Fraktion anschließen kann und somit ein wesentlicher Teil des Antrages umgesetzt wird.

Die Kinderbeauftragte Frau Thäger informiert über die Tätigkeit der zur Unterstützung bisher eingesetzten 20 Personen, die über die unterschiedlichsten Voraussetzungen verfügten. Sie bringt ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass Lösungen gefunden werden können, die über die bisherige Einsatzdauer von 6 Monaten hinausgehen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE; informiert in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, dass dieser dem Antrag zugestimmt hat. Unter Bezugnahme auf die Auszeichnung als Kinder- und Jugendfreundliche Stadt bezeichnet er diese als Verpflichtung für die weitere Beauftragentätigkeit. Vor dem Hintergrund einer vielfältigen Aufgabenzuständigkeit des Jugendamtes hält er es für wichtig, eine klare Festlegung von Verantwortlichkeiten vorzunehmen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper legt hinsichtlich der Aufgabenstruktur seine Auffassung dar, dass die seitens der Beauftragten vorgeschlagenen Projektideen durch das verantwortliche Jugendamt umgesetzt werden.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hält eine zusätzliche Personalstelle für verzichtbar unter der Voraussetzung der entsprechenden Aufgabenerfüllung im Jugendamt, wenn die Kinderbeauftragte in diese einbezogen wird.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, verweist darauf, dass es sich bei dem vorliegenden Antrag um einen Prüfauftrag handelt und spricht sich für eine Zustimmung zum Antrag aus. Er legt seine Auffassung dar, dass zur konkreten Umsetzung entsprechende Änderungsanträge eingebracht werden können.

Mit Hinweis auf die Auffassung des Antrageinbringers, dem Vorschlag der Verwaltung folgen zu können, schlägt Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM die Zurückziehung des Antrages vor.

Klarstellend begründet Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, die Aufrechterhaltung des Antrages dahingehend, dass seine Fraktion zwar dem Prüfergebnis folgen kann, hieraus sich aber noch bestimmte Schlussfolgerungen ergeben können. Er bittet um eine Zustimmung zum Antrag.

Stadträtin Frömert, Fraktion DIE LINKE, unterstützt die Aufrechterhaltung des Antrages und spricht sich dafür aus, Möglichkeiten zum Umgang mit dem Prüfergebnis offen zu halten und evtl. neue Anträge dazu einzubringen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0213/09 zu beschließen.

#### 4.5.1. Stärkung der Kinderbeauftragten Vorlage: S0373/09

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### 5. Beschlussvorlagen und Informationen

---

#### 5.1. Magdeburger Seniorenforum Vorlage: I0317/09

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

#### 5.2. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadion Magdeburg GmbH & Co. KG Vorlage: DS0538/09

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen (Bg II) Herr Zimmermann teil.

Zur Erläuterung der Drucksache verweist der Beigeordnete II Herr Zimmermann auf die in der Synopse dargestellten Änderungen auf Grund der Veränderung der Gesellschaftsanteile.

Stadtrat Rösler, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, nimmt Bezug auf § 10 Aufsichtsrat und begründet, warum er die Formulierung im Punkt 9 : „Der Aufsichtsrat sollte ... tagen“ für ungünstig hält.

Klarstellend informiert der Beigeordnete II Herr Zimmermann, dass diese Formulierung bewusst so gewählt wurde, da es sich hier um eine relativ überschaubare Gesellschaft mit kleinem Stammkapital handelt. Er legt seine Auffassung dar, dass sich erfahrungsgemäß ab dem 2. oder 3. Jahr die Anzahl der Aufsichtsratssitzung noch reduzieren wird.

Zum Hinweis des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, auf die somit sprachlich nicht ganz einwandfreie Formulierung sagt der Beigeordnete zu, dass im § 10 Punkt 9 Satz 1 das Wort „mindestens“ gestrichen und das Wort „sollte“ in „soll“ geändert wird.

Im Weiteren nimmt Stadtrat Rösler Bezug auf die nach seiner Auffassung zu geringe Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder und hält es für günstiger, die Anzahl auf 5 Mitglieder zu erhöhen.

Der Oberbürgermeister macht hierzu Ausführungen zum Umfang der Aufgaben der Gesellschaft, sieht jedoch kein Problem, Vertreter der drei großen Fraktionen in den Aufsichtsrat zu entsenden. Er legt dar, dass die Verwaltung einer Erhöhung der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder offen gegenübersteht. Wenn ein entsprechender Antrag hierfür vorgelegt wird, kann der Stadtrat darüber entscheiden.

Eine weitere Nachfrage des Stadtrates Rösler hinsichtlich der Kapitalkonten wird vom Beigeordneten Herrn Zimmermann beantwortet.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0538/09 in seiner Sitzung am 28. 01. 2010 zu beschließen.

### 5.3.            Stellungnahme der Landeshauptstadt Magdeburg zum 2. Entwurf des Landesentwicklungsplanes Sachsen-Anhalt 2010 Vorlage: DS0579/09

---

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Leiter des Amtes 61 Herr Olbricht sowie der Sachgebietsleiter 61.22 Herr Wrede-Pummerer teil.

Zur Drucksache liegen 3 Änderungsanträge des Ausschusses Umwelt und Energie vor.

Stadträtin Frömert, Fraktion DIE LINKE, macht erläuternde Ausführungen zum 1. Änderungsantrag hinsichtlich der weiteren Ausweisung der Bahnlinie als Vorsorgegebiet.

Klarstellend informiert der Amtsleiter 61 Herr Olbricht, dass die Bezeichnung Vorsorgegebiet fehlerhaft sei und damit Vorbehaltsgebiet gemeint ist.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, ob in Punkt 7 das gemeinsame Gewerbegebiet „Sülzetal“ gemeint ist, da hier ja schon die ersten Ansiedlungen erfolgten, bestätigt Herr Olbricht dies.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, bezeichnet die Änderungsanträge des Ausschusses UwE als kontraproduktiv. Er verweist auf bereits bestehende Verträge mit der Gemeinde „Sülzetal“ und merkt an, dass mit den beantragten Änderungen nicht die eigene Entwicklung zerstört werden darf.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, hinterfragt die Aufnahme der Formulierung „Vorsorgegebiet“ in der Stellungnahme, wenn es sich doch nicht um ein solches handelt.

In Ergänzung erläuternder Ausführungen von Herrn Wrede-Pummerer verweist der Oberbürgermeister darauf, dass diese Formulierung noch im alten Landesentwicklungsplan stand und macht begründende Ausführungen.

Stadtrat Rösler, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, spricht sich dafür aus, den Punkt 7 korrekt zu formulieren und die Formulierung „Vorsorgegebiet“ durch „Vorbehaltsgebiet“ zu ersetzen.

Im Ergebnis der Diskussion stellt der Oberbürgermeister die Änderungsanträge des Ausschusses UwE zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Änderungsantrag DS0579/09/1 des Ausschusses UwE

„In Punkt 7 der Stellungnahme ist folgende Änderung vorzunehmen:  
In der Gemeinde Sülzetal ist nördlich der Bahnlinie weiterhin „Vorsorgegebiet für Landwirtschaft“ auszuweisen“

nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag DS0579/09/2 des Ausschusses UwE:

„In Punkt 12 der Stellungnahme ist folgende Änderung vorzunehmen:  
Der Bau des Nordabschnittes der A 14 wird abgelehnt und stattdessen ein am Bedarf orientierter Ausbau (drei spurig) der B189 gefordert.“

nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Änderungsantrag DS0579/09/3 des Ausschusses UwE:

„In Punkt 16 der Stellungnahme ist folgende Ergänzung vorzunehmen:  
Ausbaumaßnahmen werden abgelehnt.

nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 8 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 5 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0579/09 in seiner Sitzung am 28. 01. 2010 zu beschließen.

Hinweis: Im Nachgang zur Sitzung erfolgte eine Umformulierung des Punktes 7 wie folgt:

„In der Gemeinde Sülzetal nördlich der Bahnlinie soll kein Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft ausgewiesen werden, da sich hier das gemeinsame Industrie- und Gewerbegebiet der Landeshauptstadt Magdeburg und der Gemeinde Sülzetal befindet.“

Ein entsprechendes Austauschblatt wird durch das BOB gefertigt.

5.4.            Haushaltsplan 2010  
                  - Stellenplan 2010  
                  Vorlage: DS0529/09

---

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz und die Fachbereichsleiterin 01 Frau Mittendorf teil.

Zur Behandlung liegt der Änderungsantrag DS0529/09/9 des Oberbürgermeisters vor.

In ihren erläuternden Ausführungen zum vorliegenden Änderungsantrag begründet Frau Mittendorf diesen mit der Aufhebung der Kommunal-Stellenobergrenzen-Verordnung seitens der Landesregierung und verweist insbesondere darauf, dass damit keine Beantragung zur Erhöhung der Personalkosten verbunden sei.

Ergänzend hierzu informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass mit der Aufhebung der Verordnung insbesondere im Bereich des Stadtordnungsdienstes die Möglichkeit besteht Stellen umzuwidmen und längst fällige Beförderungen vorzunehmen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Änderungsantrag DS0529/09/9 des Oberbürgermeisters zu beschließen.



5.5. Vertretungsverbot gemäß § 30 Abs. 3 der Gemeindeordnung des  
Landes Sachsen-Anhalt  
Vorlage: DS0472/09

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

Der Beigeordnete I Herr Platz macht erläuternde Ausführungen zur Drucksache. Insbesondere verweist er dabei auf geführte Gespräche mit Stadtrat Bitter und entsprechenden Schriftverkehr, verbunden mit der Bitte um Lösungsvorschläge. Bis zum heutigen Tag konnte keine Klärung herbeigeführt werden, sodass er sich in der Pflicht sieht, per Stadtratsbeschluss eine Entscheidung herbeizuführen.

Ebenso verweist er darauf, dass auf der Grundlage eines Stadtratsbeschlusses Stadtrat Bitter gezwungen ist, seine anwaltlichen Vertretungsmandate zu übertragen. Derzeit betrifft das 15 Verfahren gegen die Landeshauptstadt.

In der sich anschließenden Diskussion nimmt Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, Bezug auf Absatz 1 der Begründung und hinterfragt eine erfolgte Prüfung, hinsichtlich der Übertragung der Vertretungsmandate.

Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/BfM, hinterfragt in diesem Zusammenhang mögliche Unterschiede zwischen freien Mitarbeitern der Kanzlei und Mitarbeitern im Angestelltenverhältnis.

Stadträtin Frömert, Fraktion DIE LINKE; verwahrt sich Bezug nehmend auf die in der auf Seite 4 der Begründung formulierte Mithaftung der Fraktionsmitglieder und legt dar, dass sich aus den Regelungen der Gemeindeordnung keine Rechte oder Pflichten ableiten lassen, disziplinarisch auf Fraktionsmitglieder einzuwirken. Sie bezeichnet den Vorwurf als Verstoß gegen die Gemeindeordnung und gegen ihr freies Mandat als Stadträtin. Sie bittet darum, entweder die Drucksache in Gänze zurückzuziehen oder eine entsprechende redaktionelle Änderung vorzunehmen.

Der Oberbürgermeister stimmt den Ausführungen der Stadträtin Frömert zu und sagt die Streichung der entsprechenden Formulierung in der Drucksache zu.

Hinweis: Im Anschluss zur Sitzung wurde die redaktionelle Änderung durch das BOB vorgenommen.

Auf Nachfrage des Stadtrates Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, zu den Konsequenzen im Fall, dass Stadtrat Bitter dem Stadtratsbeschluss nicht nachkommt, informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass dann in jedem Einzelfall eine gerichtliche Entscheidung herbeigeführt werden müsste. Die Stadtratsbeschlussfassung gibt dabei die rechtliche Sicherheit.

Eingehend auf die Ausführungen der Stadträtin Frömert versichert Herr Platz, dass es in keiner Weise beabsichtigt war, sie in Misskredit zu bringen.

In Beantwortung der Nachfragen der Stadträte Schindehütte und Salzborn führt er aus, dass eine entsprechende Prüfung erfolgte. Rechtsanwälte sind in der Ausübung ihrer Mandate frei und wenn die Vertretung auf ein anderes Mitglied der Kanzlei erfolgt, gilt das Vertretungsverbot nicht.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, gibt den Hinweis, dass nach seiner Kenntnis weitere Stadträte als Anwälte tätig sind.

Der Beigeordnete Herr Platz führt dazu aus, dass, wenn andere Stadträte in ähnlicher Weise betroffen sind, die gleiche Verfahrensweise anzuwenden ist. Aktuell ist das jedoch nicht der Fall.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0472/09 in seiner Sitzung am 25. 02. 2010 zu beschließen.

## 6. Verschiedenes

---

### 6.1. Dommuseum

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, nimmt Bezug auf eine Presseveröffentlichung hinsichtlich der Errichtung eines Dommuseums im ehemaligen Bankgebäude im Breiten Weg und bittet um Information zu den Hintergründen.

Der Oberbürgermeister informiert dazu, dass sich in dieser Angelegenheit der Vorstand der Stiftung Dome und Schlösser vor ca. 6 Monaten an ihn gewandt hat. Die Beteiligung der Stadt an der Entscheidung des Landes zur Errichtung des Museums beschränkt sich jedoch lediglich auf die fachliche Begleitung seitens des Bürgermeisters Herrn Dr. Koch.

Im Weiteren legt er dar, dass seitens des Landes das Vorkaufsrecht für das Gebäude ausgeübt wird. Er zeigt sich erfreut über die Entscheidung des Landes und sieht perspektivisch die Ausstellung historischer Funde als Highlight für die Stadt.

In Beantwortung der Nachfrage des Stadtrates Schindehütte, Fraktion CDU/BfM, bezüglich entstehender Kosten macht der Oberbürgermeister Ausführungen zur Finanzierung und versichert, dass aus dem städtischen Haushalt keine Mittel zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere verweist er darauf, dass sich für die Stadt keinerlei Verpflichtungen ergeben, da sich das Gebäude in Landeseigentum befindet.

Stadträtin Frömert, Fraktion DIE LINKE, erinnert an eine Künstleraktion im Zusammenhang mit der Nutzung des Gebäudes und regt an, darüber nachzudenken, was seitens der Stadt getan werden kann.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass die Stadt einen Kauf des Gebäudes kategorisch ablehnt. Über die Gewährung entsprechender Unterstützungen seitens der Stadt könne gesprochen werden, ein Kauf werde jedoch nicht erfolgen.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, informiert Bezug nehmend auf die Künstleraktion über geführte Gespräche und Vorschläge zu alternativen Ausstellungsräumen und legt dar, dass im Ergebnis keine Reaktion auf die unterbreiteten Vorschläge oder die Bitte zur Vorlage eines entsprechenden Konzeptes festzustellen war. Er legt seine Auffassung dar, dass

eine Unterstützung der Stadt nur unter der Voraussetzung gewährt werden sollte, wenn auch entsprechende Initiativen von künstlerischer Seite erfolgen.

Abschließend warnt der Oberbürgermeister vor einer zu großen Euphorie hinsichtlich des Dommuseums, solange die Frage des Vorkaufsrechts nicht geklärt ist.

## 6.2. Benennung Lutherplatz/Lutherhain

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, erinnert an seine in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 27. 11. 2009 gestellte Nachfrage zur Umsetzung des Stadtratsbeschluss hinsichtlich der Benennung und hinterfragt nochmals den Zeitpunkt der Beschlussumsetzung.

Der Oberbürgermeister sagt die schriftliche Beantwortung für Montag, den 25. 01. 2010 zu.

Hinweis: In der im Nachgang zur Sitzung erfolgten Beantwortung der Nachfrage wurde die Beschlussumsetzung für spätestens Mai 2010 avisiert

## 6.3. Eintragungen in das „Goldene Buch“ der Stadt Magdeburg

Der Oberbürgermeister informiert über die Änderung der Einladungspraxis hinsichtlich der Eintragung von Botschaftern in das „Goldene Buch“ der Stadt Magdeburg dahingehend, dass diese zukünftig von ihm allein wahrgenommen werden. Unverändert werden weiterhin Einladungen an alle Stadtratsfraktionen bei allen anderen Eintragungen erfolgen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper  
Vorsitzender

Andrea Behne  
Schriftführerin

